

Stettiner Zeitung.

Landtags-Verhandlungen. Abgeordnetenhaus.

Siebenundvierzigste Sitzung vom 10. Februar.
Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr.

Am Ministertische v. Mühlner und Regierungs-Kommissar Affessor Scholz.
Der Vorstand des gegenwärtig tagenden zweiten landwirtschaftlichen Kongresses ladet die Abgeordneten zu der morgen im Kongresse stattfindenden Diskussion des Hypothekenwesens ein.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfes, betr. die Aufhebung des Art. 25 der Verf.-Urkunde.

Erster Redner für den Kommissions-Antrag auf Ablehnung des Gesetzentwurfes ist der Abg. Waldeck. Der Herr Kultusminister hat gestern darauf hingewiesen, daß das Schulgeld der Stadt Berlin 40,000 Thlr. einbringe. Ich weiß von meinem Freunde Runge, der den Dingen sehr nahe steht, daß diese 40,000 Thlr. — 20,000 Thlr. Erhebungskosten erfordern. Ist das eine Abgabe? Ist es gerechtfertigt, den armen Mann dieser Abgabe wegen erlittener zu lassen? Es ist unwürdig. Hier muß der Arme dem Reichen gleichgestellt werden. (Hört! Hört!) Der Herr Minister sagt, es kostet 3 Millionen. Haben Sie viel nach 3 Millionen gefragt, als Sie 60 Millionen für den Militäretat bewilligten! Nein. Wenn irgend ein Zusammenhang der Dinge existirt, so existirt er im Staate Preußen zwischen der Militärpflicht und dem Unterricht und wenn irgend etwas auf den Sieg bei Königgrätz eingewirkt hat, so war es die bessere Bildung unserer Soldaten. Wo der Staat die höchste Anstrengung in militärischer Hinsicht von dem Manne verlangt, da muß er ihm auch die Bildung geben. — Der Redner geht auf Entstehung des Art. 25 und auf die Verhandlung darüber in der Verfassungs-Kommission, deren Vorsitzender er war, näher ein und weist nach, daß derselbe damals ohne allen Widerpruch auch von den Konservativen angenommen worden sei. Alle die zahlreichen Petitionen, die damals vorlagen, sprachen sich ohne Unterschied für die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den Volksschulen aus. — Der Minister hat sich auf den Ausspruch Hansemanns berufen. Für mich ist derselbe in solchen Dingen niemals eine Autorität. In Finanzsachen allen Meißel. Hansemann hat gesagt: in Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf. Das ist ganz richtig, und wenn er für das Schulgeld gesprochen, so hat er als Finanzminister ganz Recht, aber er hat von dem idealen Standpunkte über die Bildung keine Ahnung. — Wenn Sie nicht im Stande sind die Gemeinde-Ordnung, die Schulgesetze, die eng mit einander zusammenhängen, vorzulegen, so rütteln Sie auch nicht an Art. 25 der Verfassung, dann lassen Sie die klaren Forderungen des armen Mannes und in Folge dessen des ganzen Volkes unangerührt stehen. Stören Sie nicht das Stilleben, sondern lassen Sie es fortbauern, bis es zu einem fruchtbringenden für die ganze Nation wird. (Beifall.)

Abg. Forchhammer: Es scheint mir unmöglich, daß wir einen solchen wichtigen Paragraphen so ohne Weiteres aufheben, ohne über die anderen damit zusammenhängenden Dinge zu beschließen. Ich stimme deshalb für den Antrag v. Hennig, denn ich finde es gerecht und notwendig, die Schulfrage im Zusammenhange zu behandeln.

Abg. Bender: Von allen Gründen, welche wir schon gehört haben und welche wir noch hören werden, brauche ich nur einen einzigen, und dieser einzige ist für mich durchschlagend. Dieser einzige Grund ist ausgedrückt in dem Worte „Schulzwang“. Schulzwang und Unentgeltlichkeit des Unterrichts ist identisch. Christenpflicht ist es, dem Armen das Evangelium zu predigen: zu jeder Zeit Bildung für Alle! Bildung ist das tägliche Brot für Alle. Abg. Waldeck hat schon ausgeführt, daß der Minister nicht wagt, vorwärts zu gehen. Die armen Leute schicken ihre Kinder sehr gern in die Schule, wenn es Ihnen möglich wäre; aber unzählige Hindernisse stehen ihnen, namentlich auf dem Lande, entgegen. — Ich freue mich, daß der Herr Minister mir Gelegenheiten gegeben hat, hier zu erklären, daß ich bei meinem Votum keine andere Rücksicht kenne, als die für das Wohl des Landes und darum kann ich nicht anders stimmen als gegen die Vorlage. (Beifall.)

Regier.-Komm. Affessor Scholz: Die Staatsregierung erkennt eine Pflicht des Staats an und sie weist es zurück, daß die Unterstützung des Volksschulwesens als eine Gnadenfrage betrachtet wird. Es ist vom Kommissionsbericht und auch von mehreren Rednern hervorgehoben, daß es sich hier um einen bedenklichen Eingriff in verfassungsmäßige Rechte handelt. Es muß hervorgehoben werden, daß es ganz entgegengesetzt, eine Frage der Freiheit, eine Frage der Selbstverwaltung ist, um welche es sich handelt. Die Beweise für die Notwendigkeit der Beibehaltung des Art. 25 sind nicht geführt. Preussisches und deutsches Rechtsbewußtsein spricht für die Beibehaltung des Schulgeldes. Die

Regierung hat nicht auf einzelne Urtheile hin, sondern auf die Erfahrung ihrer Organe angenommen, daß die Volksschulen, wo Schulgeld gezahlt wird, höher schätzbar als Schulen, wo der Unterricht unentgeltlich ertheilt wird, und daß die Leute, welche Schulgeld zahlen, mehr darauf halten, daß ihre Kinder die Schule regelmäßig besuchen. Wenn es an sich schon bedenklich ist, 3 Millionen Thaler, um die es sich handelt, durch Umlage von den Gemeinden zu erheben, so ist es zu Zeit noch bedenklicher. Sollen die Lehrergehälter erhöht werden, so bedarf es mehr Mittel und da kann man den Gemeinden nicht eine Einnahmequelle verstopfen aus denen sie 3 Millionen ziehen. Im Interesse der Schulen und Lehrer, welche dieses Mehrs dringend bedürfen, bitte ich um Annahme der Regierungsvorlage (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Sangerhausen): Wir wollen es nicht dem Ermessen der Staatsregierung, durch Streichung des Artikels völlig freigegeben, zu thun, was sie beliebt und wenn die Staatsregierung hier stets von der Autonomie der Gemeinden spricht, so hätte sie der selben auch gerecht werden sollen. Wenn auf die Entstehung des Art. 25 der Verfassung hingewiesen worden, so kann ich nur meine Verwunderung über die Wandlungen in unserem Unterrichts-Ministerium dieser Zeit ausdrücken. Der damalige Regierungs-Kommissar Geh. Rath Siehl hat gerade das Gegenstück von dem erklärt, was der Regierungs-Kommissar heute erklärt hat. Der Art. 25 ist von der Regierung lebhaft befürwortet worden. — Wenn der Regierungs-Kommissar darauf hingewiesen, daß bei den Gemeinden ein Widerwille gegen die Aufhebung des Schulgeldes herrsche, so liegt dies lediglich an dem Mangel einer gesunden Gemeindeordnung. Dies ist das Drückendste. Wenn der Herr Minister ein Gesetz durchsetzen könnte mit den zwei Paragraphen: „Alle Schulklassen sind Gemeindefakultäten“ und: „Der Minister des Innern wird beauftragt, eine vernünftige Gemeindeordnung vorzulegen.“ (Heiterkeit) so würden dadurch die größten Schwierigkeiten gehoben werden. Es muß diese Angelegenheit im Wege der Gesetzgebung geordnet werden. Die Lehrer leiden unter dem Kampf am meisten. Das Schulgeld ist entstanden, ähnlich, wie die Stollgebühren jetzt ist es eine allgemeine Abgabe. Der Schulbesuch ist ein Spiegel des Familienlebens; sind die Eltern unordentlich, so besuchen die Kinder auch die Schule unregelmäßig. Deshalb müssen die Gemeindeverhältnisse in Ordnung gebracht werden, und darüber könnte ich mit dem Herrn Minister unterhandeln. Aber wenn es sich hier um eine Präjudizfrage handelt, so muß ich zuerst für den Antrag v. Hennig, event. aber für den Kommissions-Antrag stimmen. (Beifall.)

Abg. Kunze bedauert, daß er sich in dieser Frage von seinen politischen Freunden trennen muß, aber er müsse dies im Interesse der Bevölkerung, welche ihn gewählt habe und welche schon längst das Schulgeld abgeschafft haben wolle. In der katholischen Schule sei es altberühmt, daß kein Schulgeld gezahlt werde. Als das erste Schulgeld erhoben wurde, da hatte das arme Volk keine Steuern zu zahlen gehabt. Ich könnte es mir niemals vergeßen, so schließt der Redner, wenn ich nach Schluß der Session vor mein Volk hinträte und ich hätte über Millionen abgestimmt und dem Volke nicht einmal die Verbeisung gelassen, daß der Volksschulunterricht fünfzig einmal unentgeltlich sein werde. (Sehr wahr! Links.) Ich werde deshalb gegen die Regierungsvorlage stimmen und auf Beibehaltung des Art. 25 nach Kräften dringen. (Lebhafter Beifall links.)

Die General-Diskussion wird geschlossen. Der Antrag des Abg. v. Hennig und v. Puttkammer wird abgelehnt und darauf in die Spezial-Diskussion über den einzigen Paragraphen eingetreten.

Abg. Wagntrupp: Ich bin kein besonderer Freund des Schulgeldes, sondern ein Freund der Schulsteuer. Dennoch bin ich für die Regierungsvorlage, weil ich mich überzeugt habe, daß der Art. 25 der Verfassung von dem Volke ganz anders gedeutet wird, als er hat. Man meint, der Schulunterricht solle umsonst sein und der Staat solle gewissermaßen für den Unterricht aufkommen. Ja, wenn wir uns die menschliche Gesellschaft so vervollkommen denken, daß an Stelle des Egoismus die christliche Liebe getreten wäre, so würde dies möglich sein. — Die armen Leute sind vielfach gegen die Aufhebung des Schulgeldes, weil sie dieses einmal los werden, eine Schulsteuer aber nicht. Die Sache ist unpraktisch und deshalb bin ich für die Aufhebung des Art. 25. Befolgt wird er doch nicht. (Beifall rechts.)

(Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.)

Abg. Lasker rügt zunächst den Wechsel des Standpunktes des Ministers, der in der Kommission damit einverstanden gewesen sei, daß diese Frage als eine Präjudizfrage behandelt werde. Diesen Standpunkt hätte er auch hier im Plenum festhalten müssen. — Allerdings seien noch mehrere Gesetze vorgelegt worden,

aber wenn das Haus darauf hin den Art. 25 aufheben würde, so würde es leichtsinnig verfahren, und dies könne man ihm nicht zumuthen. Sei der Art. 25 der Verfassung einmal aufgehoben, so müsse man abwarten, ob die notwendigen Garantien gegeben würden. Wer dies Vertrauen zum Herrenhause und zum Minister habe, der stimme für die Aufhebung.

Kultusminister v. Mühlner: Daß er die Frage als eine Präjudizfrage in der Kommission betrachtet, sei richtig, aber habe nicht dafür gesprochen, daß die Vorlage isolirt von den anderen Gesetzen behandelt werde. Wenn er annehmen könne und annehmen müsse, daß mit der heutigen Abstimmung nicht eine definitive Entscheidung über die Beibehaltung oder Aufhebung des Schulgeldes verbunden sei, sondern daß die Frage in Verbindung mit den anderen Gesetzen wieder aufgenommen werden könne, so halte er die heutige Diskussion für einen Gewinn.

Die Diskussion wird geschlossen, und über die Regierungsvorlage namentlich abgestimmt. Derselbe wird mit 202 gegen 137 Stimmen abgelehnt. — S. 25 der Verfassungs-Urkunde ist also beibehalten.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der XI. Kommission über den Entwurf einer Substitutionsordnung.

Ueber die Verhandlungen der Kommission ist bereits berichtet.

Nachdem der Referent Abg. Lent die Kommissionsanträge kurz begründet, beantragt Abg. Lampugnani und Gen. die en bloc-Annahme des Entwurfes.

Justizminister Dr. Leonhardt: Es sind eine Reihe von Anträgen zu dem Entwurfe gestellt, die die königliche Staatsregierung zum großen Theil als Verbesserungen im wahren Sinne des Wortes acceptirt, nur mit zweien bin ich nicht einverstanden. Ich will aber auch hierfür keine Spezialdebatte verlangen, einmal, weil der Gesetzentwurf recht bald zur Annahme gelangen möchte, und zweitens weil ich auch überzeugt bin, daß mein Widerspruch mir doch nichts helfen würde. (Heiterkeit.) Ich stimme also dem Antrage auf en bloc-Annahme zu.

Es ergreift Niemand weiter das Wort, worauf zur Abstimmung geschritten und der Gesetzentwurf mit allen gegen 2 Stimmen en bloc angenommen wird.

Eine Reihe Petitionen werden ohne Debatte durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt und darauf die Sitzung um 2¼ Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Eine Reihe kleiner Gesetze u.

Deutschland.

□ Berlin, 10. Februar. Die Nachrichten aus Griechenland lauten vor der Hand noch widersprechend. Nach den einen hat sich ein neues Ministerium unter Zaimis gebildet und ist bereit, die Konföderationsvorläge anzunehmen, nach andern in Paris und London verbreiteten Nachrichten soll indessen der König Georgios die Absicht haben abzuwandeln, England und Frankreich demselben aber dringend von der Abdankung abgerathen haben. Für den Fall jedoch, daß er auf seinen Entschluß beharren werde, sollen ihm von diesen beiden Mächten Schiffe und Militärkräfte zum Schutze seiner Person zur Verfügung gestellt worden sein. — Das „Journal des Debats“ giebt einen Artikel der „Correspondance du Nord-est“ aus Konstantinopel vom 31. Januar wieder, wonach das südliche Rußland ein wahres Arsenal sein soll. Die festen Plätze sollen in größter Eile mit Geschützen nach einem neuen System armirt, in demselben Munitions- und Proviant-Depots für eine Armee von 200,000 Mann errichtet, die Regimenter, welche diese Armee bilden sollen, theils auf der Eisenbahn von Kiew, theils auf dem Seewege vom Kaukasus herangezogen, in den Docks von Nikolajew von amerikanischen Ingenieuren Monitors erbaut werden und die Sprache der russischen höheren Civil- und Militärbeamten keinen Zweifel an den kriegerischen Absichten der russischen Regierung lassen. Die letzteren sagen offen, daß Rußland, um die frühere Niederlage in der Krim zu rächen, die Türkei und Oesterreich anzugreifen, Rußlands Verbündeter, Preußen, aber Frankreich am Rhein im Schach halten werde. Auch wird in dem Artikel noch gesagt, daß an den rumänischen Donau-Ufern bulgarisch-griechische Banden gebildet und von russischen Offizieren beschützt werden sollen, um in die Türkei einzufallen u. s. w. Als Erläuterung zu diesen Mittheilungen braucht wohl bloß bemerkt zu werden, daß die „Corresp. du Nord-est“ das Organ des Fürsten Gortorky ist, der übrigens auch dem österreichischen Herrenhause als Mitglied angehört. — Die „Prov.-Corr.“ bemerkt am Schluß ihrer heutigen Notiz über den türkisch-griechischen Konflikt: „Ebenso wie in Betreff dieser Frage jeder Grund zur Besorgniß befreit ist, ebenso darf man auch alle sonstigen Gerüchte über weiter drohende europäische Verwickelungen als vollständig grundlos betrachten.“ Man geht wohl nicht fehl, wenn man den letzten Satz auf die von der „Köln. Ztg.“ mitgetheilten Gerüchte bezieht, nach denen be-

kanntlich eine französisch-italienisch-österreichische Allianz gegen Preußen im Werke und eine ernste Kriegsgefahr zu befürchten sein sollte. Näher ist die Mittheilung der „Köln. Ztg.“ nicht angeführt, um derselben nicht eine größere Bedeutung beizulegen, als sie nach der Lage der Verhältnisse beanspruchen kann. — Die gestern erwähnte Bundes-Kommission, welche die Aussicht über diejenigen Lehranstalten des norddeutschen Bundes zu führen hat, denen die Berechtigung beizubehalten soll, Qualifikations-Zeugnisse für den einjährigen Militärdienst auszustellen, besteht, wie wir heute vervollständigen können, aus dem preuss. Geh. Ober-Reg.-Rath Wiese, dem königl. sächsischen Geh. Kirchen- und Schulrath Gilbert und dem Großherzoglich heßischen Oberstudien-Rath Dr. Wagner. Die Kommission ist am 8. d. hier zu Berlin unter dem Vorsitz des preussischen Kommissionsarius zusammengetreten. — Heute sind die Einladungen zu den Besprechungen ergangen, die von Seiten der Regierung mit Abgeordneten über die neue Kreisordnung geführt werden sollen. — Wie wir hören, sind von Seiten der Behörden in Frankfurt mit dem Oberpräsidenten v. Müller in Kassel vertrauliche Unterhandlungen angeknüpft worden, um im Wege der Verständigung mit der Regierung eine Regelung der bekamten Frankfurter Finanzangelegenheit zu versuchen. Eine Regelung auf diesem Wege würde für Frankfurt jedenfalls vorteilhafter sein, da die Regierung namentlich in diesem Falle alle billigen Zugeständnisse zu machen geneigt ist, die sich mit den Staatsinteressen vereinbaren lassen. — Die „Zeitschrift Correspondenz“ stellt die Behauptung auf, daß die Gesetze-Vorlage über die Städteordnung in der Provinz Schleswig-Holstein in der Fassung, wie sie aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen ist, weder die Genehmigung der Regierung noch des Herrenhauses erhalten werde. Die heutige „Provinzial-Correspondenz“ drückt sich dagegen dahin aus: „Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß die Regelung der schleswig-holsteinischen Kommunalverfassung durch Vereinbarung zwischen der Regierung und den beiden Häusern des Landtages noch in der gegenwärtigen Session erzielt werde.“ Diese Bemerkung der „Provinzial-Correspondenz“ ist im Gegensatz zu den Zeitschriftlichen Nachrichten jedenfalls dahin zu deuten, daß die Regierung keine scharfe Stellung gegen die Vorlage, wie sie aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen ist, einnimmt, sondern vor Allem den Wunsch hat, dem Kommunalwesen der Herzogthümer in Uebereinstimmung mit der Bevölkerung derselben die ersichtlichen gesetzlichen Grundlagen zu geben. — Im vergangenen Jahre sind im norddeutschen Bunde ungefähr 255 Millionen Briefe befördert worden, von welchen etwa 55 Mill. portofrei waren. Von den portofreien waren etwa 2 Drittel Dienstreife, d. h. solche, welche portofrei von den Behörden, namentlich von den Gerichten, versandt werden. Die Zahl der Postbeamten im norddeutschen Bunde betrug 34,000, und wenn man die Posthalter und Postillone, die nur in einem kontraktlichen Verhältnisse zur Postverwaltung stehen, hinzurechnet, etwa 43,000. Postanstalten zählt der norddeutsche Bund etwa 4400, so daß eine Postanstalt auf ungefähr 1⅓ Quadratmeilen kommt.

Berlin, 11. Februar. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittags den nach längerer Anwesenheit in Bukarest hierher zurückgekehrten Oberstleutnant v. Krenski zu einer Unterredung, nahm hierauf die Meldungen mehrerer Militärs entgegen und ließ sich dann vom Geh. Kabinettsrath v. Mühlner, dem Geh. Hofrath Bork Vortrag halten. Nachmittags konfektete der König mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Aus Anlaß der Anwesenheit des Fürsten von Montenegro fand um ½ 5 Uhr im königlichen Palais ein Diner von 35 Gedecken statt. Unter den geladenen Gästen befanden sich der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern, der Herzog von Crov-Dulmen, der Fürst Pleß, der Fürst Dolgorudi, der Minister-Präsident Graf Bismarck, der türkische Gesandte Aristarch Bey, das Gefolge des Fürsten von Montenegro: Senator Elia Plamenos, der erste Adjutant Stanko Radonich und der Chef der Gardes du Corps, Georg Petrowitch, der Rittmeister vom Regiment Gardes du Corps Graf Schlieffen, welcher dem Fürsten während seiner Anwesenheit zur Begleitung beigegeben ist. — Der Ministerpräsident Graf Bismarck machte am Dienstag Nachmittag dem Fürsten Montenegro und dem Erbprinzen von Hohenzollern seine Besuche. — Für die neue Oberstaatsanwaltschaft nennt man den Kron-Oberanwalt v. Wolff in Celle, übrigens einen ausländischen Juristen, während der Justizminister das Amt in Celle wieder mit einem Hannoveraner besetzen will. — Der „Schles. Ztg.“ wird mitgeteilt, daß der Oberpräsident v. Jagow zum Präsidenten der Ober-Rechnungskammer und der Minister v. Selchow zum Oberpräsidenten für die Provinz Brandenburg bestimmt sei und diese Ernennungen in kürzester Zeit erfolgen werden. — Der Abgeordnete General Stavenhagen ist

sehr bedenklich erkrankt, man zweifelt an seinem Aufkommen. Stavenhagen gehört zu den ältesten und geachteten Mitgliedern des Hauses und hat seit den letzten Jahren stets als Alterspräsident fungirt; auch der Abgeordnete v. Vinde-(Olbendorf) soll schwer krank darnieder liegen.

Der Fürst von Montenegro, welcher seit einigen Tagen in Berlin weilte, war während der ganzen Zeit seines Aufenthalts in Petersburg der Löwe des Tages. Auf dem neulichen Hofball erschien er mit dem Bande des Weissen Adler-Ordens, den ihm der Kaiser zu Neujahr verliehen hat. Uebrigens ist Fürst Nicolai I. ein fein gebildeter Herr. Er versteht Russisch, spricht gut Französisch und Deutsch und entwickelt nicht gewöhnliche Kenntnisse.

(Prov.-Corr.) Die Landtagsessionen werden, wie schon früher in Aussicht genommen, bis in die letzte Woche dieses Monats fortgesetzt werden. Die Session des Bundesraths des norddeutschen Bundes wird am nächsten Montage, 15. Februar, beginnen. Die Session des Reichstages dürfte vor Ablauf der ersten Woche des März eröffnet werden.

Die Beratungen über die Aenderung der Kreisverfassung sind im Staatsministerium so weit gediehen, daß nunmehr behufs vorläufiger Verständigung über die Grundlagen des Entwurfs Vertrauensmänner aus beiden Häusern des Landtages berufen werden sollen. Die vertraulichen Besprechungen werden in wenigen Tagen unter Leitung des Ministers des Innern beginnen.

Bonn, 8. Februar. Der auf Anregung des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern zur Gründung einer Studienstiftung gesammelte Fonds ist nunmehr im Betrage von 24,231 Thln. an die Universitätskasse abgeführt worden. Derselbe wird, wie alle andern Stipendien, von dem Verwaltungsrath der akademischen Benefizien vergeben und für das Wintersemester 1869 bis 1870 zum ersten Mal zur Verwendung kommen.

Hamburg, 8. Febr. Seit dem 1. Januar legen bekanntlich die hiesigen Dampfschiffe der amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft in Havre statt in Southampton an. Die Ursache dieser Coursveränderung lag in der Aufgabe des Postcontractes mit England, da die Gesellschaft den fortgesetzten Nergelen der englischen Behörden ausgesetzt war, die überhaupt mit scharfem Auge auf das schnelle Emporklühen der Bremer und Hamburger Dampfer sehen, während sich die englische Cunard-Gesellschaft vergeblich bemüht hat, dieselbe Schnelligkeit wie die deutschen Dampfer zu erreichen. Einerseits hat die hiesige Gesellschaft den Wechsel nicht zu bereuen gehabt, denn in Havre ist die Uebernahme von Passagieren und Frachtstücken sehr bedeutend gewesen und werden die Dampfer gern benutzt, andererseits ist ihr die Benugung geworden, daß der Londoner Handelsstand in einer Petition an den englischen Premier auf die Verschlechterung der Korrespondenzverbindung durch Wegfall der hiesigen Dampfer, die auch America noch ferner für die englischen Briefbeutel beibehalten, aufmerksam gemacht und die Wiederbenutzung der Dampfer dringend erbeten hat. Wie man hört, wird der Cours vorläufig nicht geändert werden, es sei denn, daß man dieselben hohen Transportkosten zahle, die die Cunard-Gesellschaft als Entschädigung bezieht.

Bremen, 9. Februar. Die nautischen Ortsvereine der Weser, vier an der Zahl — hier, in Bremerhaven, Begeja und Esleth — sind während der letzten Wochen eifrig darüber ausgewesen, die Verhandlungsgegenstände der am 18. Februar beginnenden Versammlung des deutschen nautischen Vereins vorab durchzubearbeiten. Dabei hat sich in einigen wesentlichen Punkten vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten herausgestellt. Keine einzige Stimme z. B. hat sich erhoben für die in der hiesigen Bürgerschaft verfochtene Idee, das Leuchtfeuerwesen bedürfe keiner Centralisation durch den norddeutschen Bund. Was die sogenannten Seeleuchten betrifft, die den eigentlichen Seeweg erhebenden Leuchtschiffe und Leuchttürme, so herrscht über die Nothwendigkeit ihrer Uebernahme oder Herstellung und Verwaltung von Bundeswegen in keinen der vier Vereine Zweifel. Getheilte waren die Ansichten hinsichtlich der Leuchttürme und Leuchtschiffe innerhalb der Flüsse; doch erklärte hier die Mehrzahl sich auch hinsichtlich dieser dafür, daß sie Bundesfache werden müßten. Eine Leuchtturmabgabe einzuführen, wurde für im Grundsatze nicht rathsam befunden, zumal da in England die Stimmen für Abschaffung der bestehenden derartigen Abgaben sich täglich mehren; doch wollte man die Uebernahme der Aufgabe durch den Bund auf keinen Fall hieran scheitern lassen. Als dringend erforderlich für die Nordsee-Beleuchtung wurden dann zwei neue Schiffe (Vorkumer Riff, Weser- und Jade-Mündung) und zwei neue Thürme (Norderney und Amrum) bezeichnet. In Betreff des Lootsenwesens sprach man sich in allen Vereinen gegen den Lootsenzwang aus, dagegen für Prüfung der Lootsen auf praktische Kenntniß des zu bedienenden Reviers und Schutz gegen nicht geprüfte Bönhafen.

Dresden, 9. Februar. Wie das „Dr. J.“ erfährt, sind im Ganzen 1021 sächsische Lehrer der vom sächsischen Kultusministerium mit je 20 Thalern an Volksschullehrer gewährten Gehaltszulage theilhaft geworden und es beziffert sich sonach der dadurch der Staatskasse erwachsende Aufwand auf 20,420 Thaler, wobei die Kosten, welche durch die erfolgte portofreie Absendung an die auswärtigen Empfänger entstanden, nicht mit eingerechnet sind.

Wien, 9. Februar. In Hiesing ist seit eini-

ger Zeit eine schärfere polizeiliche Kontrolle angeordnet worden und zwar weniger im Interesse des Schutzes der Welsen, sondern hauptsächlich zur Kontrolle ihrer Unternehmungen. Die Regierung ist in den Besitz von Daten gelangt, welche auf das Unzweifelhafteste beweisen, daß der Hiesinger Hof sich nicht damit begnügt, durch Herrn Dno Klop aufstrebende Broschüren verbreiten zu lassen, sondern vielmehr entschlossen ist, seine Agitationen größere Dimensionen annehmen zu lassen.

Die Offizien versichern fortwährend, daß Graf Beust nur für die Sache des Friedens thätig sei und der Politik der Wiedervergeltung entsagt habe. Einigenmaßen im Widerspruch mit diesen Versicherungen steht die Thatfache, daß die Regierung durch ihre in den Provinzen erscheinenden Organe fortwährend schwere Anschuldigungen gegen Preußen und Rußland erheben läßt, wie dies neuestens in der offiziellen „Prager Z.“ geschieht, welches Blatt den beiden Mächten den Vorwurf macht, „falsch zu spielen.“ Nun ist es sehr gleichgültig, was die „Prager Ztg.“ sagt, und man würde davon auch keine Erwähnung gemacht haben, wenn das Blatt nicht als ein Organ der Regierung die Pflicht hätte, eine möglichst reservirte Haltung zu beobachten.

Graf Julius Andrássy befindet sich gegenwärtig in Wien, wie man sagt, in Sachen der ungarischen Landwehr. Diese Version gewinnt auch an Wahrscheinlichkeit, weil der Minister von mehreren Beamten des ungarischen Landesvertheidigungs-Ministeriums hierher begleitet wurde. Einer Meldung des „Lloyd“ zufolge, soll auch der Honvedgeneral Beter nach Wien berufen worden sein. Als Kommandant der kroatischen Landwehr wird Graf Pejačević genannt.

Pesth, 10. Februar. Dem „Pesth. Lloyd“ zufolge wurde in Bukarest das ungarische Banner injulirt.

Brüssel, 10. Februar. In der Auseinandersetzung über die Motive des Gesetzes, welches die Veräufierung der Eisenbahnen von der Genehmigung der Regierung abhängig macht, wird angeführt, daß die nationale Sicherheit und die Nothwendigkeit, die Truppenbewegungen zu sichern, eine solche Bestimmung erforderlich.

Paris, 10. Februar. Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Depesche: Athen, 6. Februar, Abends. (Amtlich.) Das neue Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: Zaimis, Präsidium und Inneres; General Soutzos, Krieg; Alerino, Finanzen; Depali, Justiz; Sarabas, Kultus; Trinfetta, Marine; Theodor Delyannis, auswärtige Angelegenheiten. Programm des Ministeriums ist Annahme der Konferenz-Erklärung. Dieselbe wird demnächst unterzeichnet werden.

Madrid, 10. Februar. Laut eingegangener Meldung sind von den wegen der Ermordung des Gouverneurs von Burgos Angeklagten einer zum Tode, zwei zu lebenslänglicher, zwei zu zwanzigjähriger und zwei zu zwölfjähriger Zwangsarbeit verurtheilt.

Madrid, 10. Februar. Ueber die Besetzung des spanischen Thrones haben die Besprechungen der Majorität d. r. Cortes stattgefunden. Sicherem Vernehmen nach war das Ergebnis jener Besprechung, daß die Krone zunächst dem Könige Ferdinand von Portugal, und falls der König ablehnen sollte, dem Herzog von Montpensier angetragen werden sollte.

San Sebastian, 9. Februar. 28 Karlisten, welche Vorbereitungen trafen, die spanische Grenze zu überschreiten, sind in Bayonne internirt worden.

Christiania, 4. Februar. „Aftonbladet“ schreibt: „In Folge des überall im Auslande herrschenden milden Winters wird ein ungewöhnlich großes Quantum Eis in diesem Jahre zur Ausschiffung kommen. Die Exporteure haben schon jetzt mehr als gewöhnlich von diesem Artikel verkauft, und weil die vorgeschrittene Jahreszeit eine noch zu erwartende Kälte immer mehr unwahrscheinlich macht, laufen fortwährend neue Bestellungen ein. Bei einem unserer größten Exporteure ist eine Vorfrage wegen Eislieferungen nach den größeren Städten am Mittelmeere gemacht worden und wünschenswerth wäre es, wenn dieses Geschäft in Ordnung gelte. Vor 2 Jahren wurden 2 Ladungen nach Konstantinopel verschifft und gaben damals ein sehr zufriedenstellendes Resultat. Obgleich der Winter auch hier ein sehr milder gewesen ist, so hat das Eis, wo es rein gehalten worden, dennoch eine Dicke von 15 bis 20 Zoll erreicht. Viele Tausende von Menschen und Pferden haben jetzt für lange Zeit Beschäftigung, erstere mit dem Eisfagen und letztere mit dem Transportiren desselben nach den Eishäusern und Schiffen.“

Vommera. **Stettin**, 11. Februar. In der gestrigen außerordentlichen Sitzung des hiesigen „Handwerker-Vereins“ beantragte Herr Leuschner, welcher bekanntlich das Referat über die vom „Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ zur Beantwortung hierher gesandten Fragen, betreffend die Hebung der gesunkenen deutschen Kunst-Industrie und die Einführung von Fabrik- und Gewerbegerichten nach dem Entwurf des Präsidenten Dr. Lette übernommen hatte, nachdem er die Sachlage hinsichtlich beider Fragen klar gelegt, ad 1: „Der Handwerker-Verein möge sämtliche hiesige Gewerbetreibenden und Fabrikanten einladen, in einer gemeinsamen Versammlung die Errichtung einer Kunstschule nach dem Muster und im Anschluß an das Berliner Institut zu discutiren. In der Versammlung möge dann ein Kuratorium gewählt werden, welches die pekuniäre Seite der Frage berathe;“ ad 2: „Aus der Volksthümlichkeit, welche die zahlreich benutzten Fabrik- und Gewerbegerichte in der preussischen

Provinz schon seit langer Zeit genießen, erscheint d. Schluß nicht ungerechtfertigt, daß derartige Gewerbe- und Kunstgerichte bei volksthümlicher Einrichtung nützlich und wohlthätig wirken; es dürfte daher die Einführung von Fabrik- und Gewerbegerichten nach dem Muster der rheinischen Gerichte dieser Art für das ganze Gebiet d. norddeutschen Bundes zu empfehlen sein.“ — Diskussion und Beschlußfassung über beide Anträge wurde vorgerückter Zeit bis zum nächsten Mittwoch veragt. — Herr Hasenow, welcher die Bericht- erstattung über den Franz Wirth'schen Antrag, betr. dt. Anschluß des Vereins an eine Massenpetition zu Gunsten des bestehenden Patentgesetzes übernommen hatte, führte aus, daß der Schutz, den das Gesetz dem Erfinder gewähren solle, völlig illusorisch sei und daß das Gesetz den Erfindungsgeist häufig auf Abwege leite. Herr L. stellte deshalb folgenden Antrag: „Der Handwerker-Verein lehnt es ab, eine Petition um Beibehaltung des Patentgesetzes an den Reichstag zu richten, welcher sich Herrn Fr. Wirth mitzuthellen ist.“ Dieser Antrag wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen.

Der „St.-A.“ enthält einen Allerhöchsten Erlaß vom 18. Januar, betreffend die Erhebung des Zehlwerts- und Hafengeldes in der Stadt Anclam.

Nach einer Ministerial-Entscheidung dürfen auch „provisorisch“ angestellte Elementarlehrer ohne Genehmigung der betreffenden Bezirksregierung nicht entlassen werden, weil, wie der Minister sagt, die Befugniß, einen Lehrer provisorisch oder definitiv anzustellen, lediglich der Aufsichtsbehörde zusteht, als „Ausfluß“ der ihm zustehenden Disziplinargewalt, und die provisorische Anstellung eine im Interesse der Schule angeordnete disziplinarische Maßregel ist.

Der Schraubendampfer „Victor“ kam gestern Nachmittag 3 Uhr von Swinemünde herauf; seit dem zuletzt eingetretenen Frostwetter das erste Schiff. Kapitän Krüger fand nur in der Swine Schlamm-, in der Nähe der Lebbiner Berge etwas festes Eis vor.

Einem armen 70jährigen Greise, der sich mühsam durch Bilder- und Verkauf zu nähren suchte, sind am 9. d. M. aus seiner, in dem Hause der evangelischen Bibelgesellschaft befindlichen Parterrehaltung 225 Photographien im Werthe von 7 1/2 Thlr. entwendet worden.

Naugard, 9. Februar. Aus dem Dorfe S. in unserm Kreise ist von einem Unglücksfall bedauerlicher Art zu berichten. Der Arbeitsmann L. war mit seinem Sohne gestern in die nahe gelegene Forst gegangen, um Bäume zu säumen. Sie hatten eben einen Baum so weit angehauen, daß er im Begriff war, niederzustürzen. Da lief der Sohn schnell bei Seite, der Vater aber sah sich nach ihm um und stolperte dabei zur Erde, so daß der Baum gerade auf ihn fiel und ihn sogleich erdrückte. — Vor einem Jahre kam sein Bruder auf ähnliche Weise in der Forst um. Beide haben außer der Wittve mehrere unverpflegte Kinder in großer Dürftigkeit zurückgelassen.

† **Demmin**, 10. Februar. Welchem Bedürfnisse in dem diesseitigen Kreise befindlichen beiden Telegraphenstationen genügen, wird aus den folgenden Zahlen ersichtlich. Es wurden im Laufe des vergangenen Jahres Depeschen aufgeschickt: a) in der Station Demmin 2844, b) in der Station Jarmen 516, wofür sich die Einnahmen belaufen zu a auf 692 Thlr., 2 Sgr., zu b auf 103 Thlr., 7 Sgr., zusammen auf 795 Thlr., 9 Sgr. Die eingegangenen Depeschen erreichten bei der Station Demmin die Zahl von 2743, bei der Station Jarmen 523. Auf beiden Stationen befindet sich je ein Apparat im Betriebe und sind die Telegraphenämter mit den Postämtern combinirt. Vorauswärtlich wird auch im Laufe dieses Jahres die so sehr erwünschte Drahtverbindung mit der Stadt Treptow a. T. in das Leben treten. — Die 22jährige Tochter eines Webermeisters in Caslin verunglückte vor einigen Tagen dadurch, daß sie auf einen Stuhl trat, von demselben herunterfiel und sich bei dieser Gelegenheit ein Bein brach.

Falkenburg, 9. Februar. (D.-Z.) Herr Sanitätsrath Dr. Eckert feierte kürzlich sein 25jähr. Jubiläum als praktischer Arzt im hiesigen Orte. Bei der allgemeinen Achtung und Liebe, welche er sich in dieser Zeit erworben hat, war es sehr natürlich, daß ihm zahlreiche Ovationen von hier und aus der Umgegend dargebracht wurden. Eine Deputation der Vertreter unserer Stadt sprach ihm ebenfalls ihre Gratulation zu dieser Feier Namens der Stadt aus.

Bermischtes. * Cammin. In dem Dorfe C. unseres Kreises wohnt ein übel berüchtigtes, lediges Frauenzimmer, welches außer einer gleichgearteten Tochter auch einen Sohn besitzt. Dieser sieht sich, nachdem er aus dem letzten Feldzuge glücklich heimgekehrt, unter den Töchtern des Landes nach einer Lebensgefährtin um, in der Meinung, daß es einem sieggekrönten jungen Helden nimmer fehlen könne. Allein er hat sich getäuscht. Die jungen Mädchen erklärten ihm rundweg, den Sohn einer solchen Mutter nähme keine von ihnen zum Gatten, dann hätten sie die Alte mit auf dem Halse. Da entschloß sich denn der verschmähte Liebhaber, zu dem Pfarrer seines Heimathsdorfes zu gehen, um ihn zu bitten, daß er ihn umtaufen möchte, denn unter seinem bisherigen Namen bekäme er keine Frau. Glücklicher Weise aber kehrt er unterwegs bei einem verständigen Manne an, der den schwer Bekränkten zu trösten und ihm sein Vorhaben auszureden weiß. Er wird nun getrost unter der alten Firma zu werben fortfahren.

Röln, 9. Februar. Im Erdgeschosse des Hauses, Schildergasse Nr. 6 ist seit einiger Zeit ein eigen- thümliches Kunstwerk ausgestellt, welches von einem durch traurige Wechselfälle des Geschicks ins Unglück gerathenen Wiener Gewerbsmanne während seiner zwei- jährigen Schuldbast in Stein angefertigt wurde, eine astronomische Pendeluhr von gelungener Ornamentik. Räderwerk, Gehäuse, Zifferblatt und Gewicht sind äußerst zierlich aus Roggenbrot, wie dasselbe in den Straf- anstalten verabreicht wird, angefertigt. Nur die Zeiger sind von Holz und die Ziffern auf dem Zifferblatte von Lagerstroh. Die Uhr zeigt Stunde, Minute, Sekunde, Jahr, Monat und Tag. Der Verfertiger bediente sich zur Konstruktion dieses Werkes, wie die zur Einsicht vorliegenden amtlichen Zeugnisse der Straf- anstalt Stein bekräftigen, nur eines ganz einfachen Taschennessers und einiger Holzspäne.

Aus Hannover vom 7. d. M. wird Folgendes berichtet: Ernst Mahner, der „Urheilmeister“, veranfaltete gestern Nachmittag eine Schwimmsahrt in der Thme, bei einer Wassertemperatur von höchstens 6 Grad. Der Gesundheitsapostel hielt eine kurze Ansprache an das zahlreich versammelte Publikum, (der Strand wimmelte hüben und drüben von Menschen, sogar die Bäume hatten sie erklettert); entbot Allen Gruß, Ur- gesundheit und Heil und lud zu seinem ersten Vortrage, heute Nachmittag 4 Uhr auf dem Lindener Berge, ein. — Hierauf begab er sich in einem Kahne nach einer entlegenen Stelle, entkleidete sich — nur angethan mit einer Schwimmhose, auf dem Haupte einen grünen Kranz, in der Rechten einen langen Stab, in der Linken die „Gezestafel der Urgesundheitslehre“ mit den zwölf Geboten der goldenen Lebenskunst, — so stand der Greis hoch aufrecht im Kahn, ließ sich an der Menge vorbeirudern und sprach das Publikum mit mächtiger Prophetenstimme an, ein kleines Gedicht deklamirend, dessen Strophen schlossen: „Und wenn er schwimmt trotz Eis und Schnee; was sagt Ihr dann, Ihr Leute? He?“ Darauf stürzte sich Held Mahner mit dem Kopfe in die eisse Fluth und schwamm, wacker arbeitend neben dem Kahne her, worauf er tiefend, in hochrother Nacktheit, den Nachen wieder erkletterte und einen gefüllten Pokal leerend, ein dreifaches Hoch auf Hannover und seine Bewohner ausbrachte. — Dem pensionirten Neptun gleich, der für einen Sonntag- Nachmittag wieder in Funktion getreten schien, streckte sich nun Mahner anscheinend ganz behaglich in dem Nachen aus; trotzdem sein bis auf die Brust reichender Bart, sein langes Haar im Winde wallte. Nach abermaliger kurzer Ansprache stürzte sich der Urheilmeister zum zweiten Male in's Wasser, schwamm ans Land, eilte in ein Badehäuschen, kleidete sich an, und dann ging's im scharfen Trab nach der Stadt zurück. Abends hielt Mahner in Hartmann's Tunnel vor einer zahl- reichen Menge einen „einleitenden Lehrvortrag“: „Meine lieben Freunde!“ so begann er, und berichtete, wie er sich stets des traulichen echt deutschen „Du“ zu bedienen pflege, was ihm selbst ein mächtiger König (Christian VIII.) sehr wohl ausgenommen habe. Ernst Mahner (eigentlich Carl Schlemmer — was dem Areteten aber eine so seltsame Ironie schien, daß er sich das Pseudonym beilegte; er sei, sagt er, ein ernster Mahner für die Menschheit; daher der Name), ist zu Anfang dieses Jahrhunderts zu Halle a. d. S., wo sein Vater Beamter war, geboren, und trotz seines vielbewegten Lebens (er hat wohl das ganze nördliche und nordwestliche Europa als Gesundheitsapostel durchwandert) noch überaus kräftig in Bewegung und Rede.

Hanau. Sicherem Vernehmen nach wird der wieder vollständig hergestellte Dichter Dr. Carl Guzkow im kommenden Frühjahr die hiesige Gegend verlassen, um zunächst in Bregenz am Bodensee einen längeren Aufenthalt zu nehmen und von dort aus muthmaßlich später nach Berlin überzusiedeln.

Aus einem Briefe der Frau Lucia an eine in Petersburg wohnende Person theilt die dortige „Bör.- Ztg.“ folgendes Bruchstück mit: „Sie können sich vorstellen, daß ich für meine Gesundheit nicht geringe Sorge trage, und ich finde wenigstens darin eine Entschädigung, daß ich meine Stimme vollständig wieder- gewonnen habe; die Schmerzen in den Beinen hören aber nur zeitweilig auf. Ich hoffe, daß ich zum Sommer vollständig genesen sein und nach Petersburg, meiner zweiten Heimath, zurückkehren werde.“

Börsen-Berichte. **Stettin**, 11. Februar. Witterung: Nachts Regen, Mittags leicht bewölkt. Wind W. Temperatur + 7° R. An der Börse. Weizen fest, pr. 2125 Pfd. loco ungar. 59—65 1/2, bunter polnischer 57—69, weißer 69—73, gelber inländ. 68—71, 83—85 Pfd. Frühjahr 69 1/2, 70 1/2, 70 bez., 70 1/2 Br. u. Ob., Mai-Juni 70 1/2, 70 1/2 Ob., 1/2 Br. Roggen fest, pr. 2000 Pfd. loco 51—52 1/2, pr. Febr. 52, Frühl. 51 1/2, 1/2, 1/2 bez., 1/2 Br., 1/2 Ob., Mai-Juni 52, 52 1/2 bez., 52 Ob., Juni- Juli 52 1/2, Br. u. Ob., Juli-Aug. 51 1/2, 1/2 bez. Gerste unverändert, pr. 1750 Pfd. loco ungarische 41—46, Hafer still, pr. 1800 Pfd. 33 1/2—34 1/2, 47 bis 50 Pfd. Frühjahr 34 1/2, Br., Mai-Juni 35 Br. Erbsen unverändert, pr. 2250 Pfd. loco Futter- 55—56, Koch- 56 1/2—58, Rübsen still, loco 9 1/2, Br., Februar 9 1/2, Br., April-Mai 9 1/2, Br., Sept.-Okt. 10, Br. Spiritus wenig verändert, loco 14 1/2, 1/2 bez., Februar 14 1/2, 1/2 bez., Frühl. 15 1/2, 1/2 bez., u. Ob., Mai-Juni 15 1/2, Br., Juni-Juli 15 1/2, 1/2 bez., Juli-Aug. 15 1/2, 1/2 Ob., August-Sept. 16, 1/2 bez., u. Ob. Angemeldet: 10,000 Ort. Spiritus, 100 Centner Rübsen. Regulirungs-Preise: Weizen 70, Roggen 52, Hafer 9 1/2, Spiritus 14 1/2.